

Bern, 30. Mai 2023

# Stellungnahme betreffend Geschäft 20.451 «Armut ist kein Verbrechen»

Sehr geehrte Ständerätinnen, sehr geehrte Ständeräte

Am 12. Juni 2023 behandeln Sie die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen». Aufgrund der Wichtigkeit dieses Vorstosses fokussiert AvenirSocial sein Sessionsschreiben, gemeinsam mit der Unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht, auf das erwähnte Geschäft, das wir Ihnen zur Annahme empfehlen. Damit wird Menschen, die mehr als zehn Jahre in der Schweiz leben, das Recht zugeschrieben, Sozialhilfe ohne Verlust des Aufenthaltsstatus beantragen zu können.

**Wir appellieren aus fachlicher Sicht an Sie, die parlamentarische Initiative entgegen dem Beschluss der SPK-S anzunehmen und somit das verfassungsmässige Recht auf Hilfe in Notlagen auch für Menschen ohne Schweizer Pass sicherzustellen.** In der Bundesverfassung in Artikel 12 ist festgehalten, dass Menschen in der Schweiz, die sich in einer Notlage befinden, ein Recht auf staatliche Unterstützung haben.

Das heute geltende Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) bewirkt in der Praxis, dass Aufenthalts- respektive Niederlassungsbewilligungen bei einem Sozialhilfebezug widerrufen bzw. nicht verlängert werden. Das führt dazu, dass Menschen ohne Schweizer Pass, die schon jahrelang in der Schweiz leben, arbeiten und sich bilden, deren Einkünfte aber nicht mehr existenzsichernd sind, eine unmögliche Wahl treffen müssen. Entweder sie beantragen Sozialhilfe und müssen mit einer Wegweisung aus der Schweiz rechnen oder aber sie verzichten auf die Unterstützungsleistung und leben weiter in äusserst prekären Verhältnissen. Oft sind davon auch Kinder und Jugendliche betroffen, machen sie doch einen Drittel der Sozialhilfebeziehenden aus.

Fachpersonen der Sozialen Arbeit befinden sich aufgrund der heutigen Situation in einem Rollenkonflikt. Die Aufgabe der Sozialen Arbeit ist die Befähigung von Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Durch die seitens Migrationsrecht geforderten Abklärungen zu Ursachen und zukünftiger Entwicklung der individuellen Situation, wird die Soziale Arbeit zu einer Art Zuarbeiterin der Migrationsbehörde. Hinzu kommt, dass diese gesetzlichen Vorgaben zu einem enormen Anstieg des Arbeitsaufwands geführt haben. Diese Ressourcen sollten effektiver für die Beratung von Armutsbetroffenen aufgewendet werden.

Für Ausländer:innen verkommt die Sozialhilfe zunehmend zu einem Instrument, das primär über ihren Aufenthalt in der Schweiz bestimmt.

Ihre eigentlichen Funktionen – Existenzsicherung, soziale Teilhabe, Förderung der beruflichen Integration von Armutsbetroffenen und damit ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des sozialen Friedens – kann die Sozialhilfe so nicht mehr erfüllen. Das ist aus fachlicher Sicht nicht vertretbar.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Annina Grob, Co-Geschäftsleiterin AvenirSocial  
Andreas Hediger, Geschäftsleiter Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS

---



AvenirSocial ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit. Er setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte, der Chancengerechtigkeit sowie für eine qualitativ hochstehende Soziale Arbeit ein. Die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherheit in der Schweiz betreffen die Soziale Arbeit als Disziplin, ihre Themen sowie ihre Adressat:innen direkt. Deshalb engagieren wir uns seit jeher für die Stärkung der öffentlichen Sozialleistungen.



Die UFS ist schweizweit die einzige überregionale, auf Sozialhilferecht spezialisierte Rechtsberatungsstelle. Armutsbetroffene werden von der UFS beraten, die UFS vermittelt zwischen Betroffenen und Behörden und vertritt Betroffene vor Gerichten. Das Angebot der UFS ist für Betroffene kostenlos. Jährlich berät, vermittelt oder vertritt die UFS in über 1'000 Fällen. Etwa gleich viele Anfragen bleiben wegen konstanter Überlastung unbeantwortet. Die UFS ist schweizweit tätig und hat deshalb auch praktische Erfahrung mit Sozialhilfebeziehenden, die über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen, in unterschiedlichen Kantonen.

---



## **AvenirSocial**

Schwarztorstrasse 22, 3001, Bern

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

[Im Browser öffnen](#)